

Newsletter Nr. 4/2011



Dezember 2011

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit unserem vierten Newsletter möchten wir Ihnen „zwischen den Jahren“ erneut einige interessante Beiträge aus der Presse und anderen Veröffentlichungen vorstellen. Wie immer möchten wir Sie an dieser Stelle auch auf unsere Verbandszeitschrift „Spuren“ und auf unsere Homepage www.vds-bayern.de hinweisen. Gemeinsam mit diesem Newsletter stellen sie Ihnen ein breites und umfassendes Informationsangebot bereit.

Neben den in der Folge abgedruckten Beiträgen möchten wir Sie auf zwei umfangreichere Papiere hinweisen, die Sie unter den angegebenen Links finden und problemlos herunterladen können:

Den Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 18.11.2010 **„Pädagogische und rechtliche Aspekte der Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (Behindertenrechtskonvention- VN-BRK) in der schulischen Bildung“** finden Sie hier:

http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2010/2010_11_18-Behindertenrechtskonvention.pdf

Interessant erscheint auch der **„Nationale Aktionsplan der Bundesregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention - Unser Weg in eine inklusive Gesellschaft“**:

<http://www.bmas.de/mwg-internal/de5fs23hu73ds/progress?id=0a2pIPygOD>

Dieser kann auch als Printversion kostenlos beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales bestellt werden.

Bitte beachten Sie, dass der Newsletter rein informativen Charakter besitzt. Die Texte sind teilweise urheberrechtlich geschützt und nicht zur weiteren Veröffentlichung freigegeben. Für Anregungen und Beiträge sind wir immer offen.

Zu Beginn des laufenden Schuljahres richtete sich der Blick zunächst auf die ausgewählten bayerischen Schulen mit dem neuen Schulprofil „Inklusion“. Die ersten Erfahrungen zeigen ein recht vielfältiges Bild, wie die Schulen diese Herausforderung angehen und die neuen Chancen für eine gemeinsame Beschulung von Kindern mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf nützen. In der Augsburger Allgemeinen Zeitung erschien folgendes Interview:

Inklusive Herausforderung

Dr. Wolfgang Schrader, der Leiter des Förderzentrums Ursberg, über das neue Schulprofil. „Umdenken im Selbstverständnis“

An der Grundschule in Deisenhausen werden ab dem kommenden Schuljahr Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf aufgenommen. Die Schule ist die erste im Landkreis, die sich offensiv der sogenannten Inklusion verschreibt. Wie der Leiter des privaten sonderpädagogischen Förderzentrums in Ursberg das Thema beurteilt, führt er im Interview aus.

Wie sehen Sie das neue Angebot?

Dr. Wolfgang Schrader: An der Grundschule Deisenhausen werden ebenso wie an zahlreichen anderen Grund- und Hauptschulen im Landkreis bereits seit vielen Jahren erfolgreich Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf unterrichtet. Dank der Unterstützung durch das Förderzentrum Ursberg besteht bereits eine Infrastruktur integrativer Hilfen, die es nun in Richtung „inklusive Schule“ auszubauen gilt. Wir unterstützen die Idee einer Regelschule, die für alle Schüler offen ist, auch weiterhin tatkräftig, wohl wissend, dass die Aufnahme von mehr Kindern mit erhöhtem Förderbedarf diese Einrichtungen vor neue Herausforderungen stellt.

Das heißt?

Schrader: Hauptaufgabe wird sein, auf der Basis einer erweiterten personellen und materiellen Ausstattung Qualitätsprozesse in Gang zu setzen, die es Lehrkräften ermöglichen, allen Kindern gerecht zu werden. Letztendlich werden die Eltern der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf künftig darüber entscheiden, ob die Regelschule diesen Ansprüchen genügen kann, da ihnen nach wie vor das Recht der Wahlfreiheit zwischen Förder- und Grundschule zugestanden wird.

Mit den Alterskameraden, die im selben Dorf aufwachsen, die Schulbank drücken: Das klingt gut. Funktioniert das Nebeneinander Ihrer Erfahrung nach auch? Ist es pädagogisch sinnvoll?

Schrader: Pädagogische Konzepte werden prinzipiell am Kriterium „Wohnortnähe“ gemessen, da es die psychosoziale Entwicklung nachhaltig beeinflusst. Nähe schafft Vertrauen. Kinder und Jugendliche, die in der heimatlichen Gemeinschaft heranwachsen, sowohl in der Schule als auch in der Freizeit, werden miteinander vertraut und entwickeln gegenseitiges Vertrauen. Nähe kann aber auch Distanz schaffen.

Kinder können oft grausam sein.

Schrader: Gerade im ländlichen Bereich erfahren Kinder mit abweichender Biografie sowie deren Eltern Ausgrenzungen als besonders schmerzlich. Nicht selten ist von den negativen Auswirkungen die gesamte Persönlichkeitsentwicklung dauerhaft beeinträchtigt. Der Begriff „Inklusion“ beinhaltet, dass die Vielfalt die Norm repräsentiert. Anders zu sein als die meisten Menschen ist in einer inklusiven Gesellschaft kein Hinderungsgrund für eine umfassende und gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Diese Botschaft zu transportieren und entsprechende Haltungen in den Köpfen und Herzen der Mehrheit zu verankern, ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Schule kann dazu nur einen Teilbeitrag leisten. Wenn es umfassend gelingt, werden alle profitieren, nicht nur Menschen mit Behinderungen.

Welche Rolle spielt das Lehrerkollegium?

Schrader: Die Qualität von Unterricht beruht auf einem Netzwerk verschiedener Faktoren, in welchem der Pädagoge eine Schlüsselposition einnimmt. Diese grundlegende Erkenntnis gilt auch und erst recht für Schulen und Klassen, in denen Kinder mit besonderem Förderbedarf unterrichtet werden. Lehrkräfte an Grundschulen verfügen allerdings über keine sonderpädagogische Ausbildung, sind beruflich und fachlich für diese speziellen Aufgaben nicht ausreichend qualifiziert.

Was bedeutet das?

Schrader: Aus- und Fortbildungsmaßnahmen müssen daher einerseits auf ein Umdenken im Selbstverständnis, das heißt eine Neudefinition der Lehrerrolle, andererseits auf Kompetenzerweiterung und sonderpädagogische Professionalisierung abzielen. Die Entwicklung hin zu einer inklusiven Schule wird davon beeinflusst, ob ein Kollegium diese Herausforderungen geschlossen angeht und jeder Kollege engagiert und bereitwillig diesen Weg beschreitet. Aufgabe der Universitäten wird es sein, nachwachsenden Lehrergenerationen bereits während des Studiums das Rüstzeug für einen inklusiven Unterricht zu vermitteln.

Wenn das Angebot Schule macht und in den nächsten Jahren weitere Einrichtungen dazu kommen, könnte dem Sonderpädagogischen Förderzentrum der Boden entzogen werden. Stimmt Sie das nicht nachdenklich?

Schrader: Das klingt drastisch. Ich bin mir sicher, dass Förderschulen auch weiterhin notwendig sind. Die Aufnahme von Schülern ans Sonderpädagogische Förderzentrum Ursberg erfolgt längst nur auf ausdrücklichen Wunsch der Eltern. Im Bereich der Unterstufe sind unsere pädagogischen Bemühungen besonders darauf gerichtet, Kindern den Übertritt an die Grundbeziehungswise Hauptschule zu ermöglichen. Wir sind keineswegs daran interessiert, möglichst viele Schüler in unsere Schule zu schleusen. Unser Bestreben ist und bleibt die individuelle Förderung, wobei wir versuchen, die Schwächen zu schwächen und die Stärken zu stärken. Als Dienstleistungsunternehmen und Angebotsschule arbeiten wir kundenorientiert. Wenn die Qualität unseres Angebotes stimmt, werden Eltern auch künftig darauf zurückgreifen.

Es gibt also kein Gegeneinander?

Schrader: Wie bereits erwähnt, pflegen wir seit vielen Jahren mit den Regelschulen eine intensive und erfolgreiche Kooperation im Rahmen der Integration von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Als Kompetenz- und Beratungszentrum werden wir die Entwicklung der Regelschule unterstützend begleiten, sei es in Form von Kompetenztransfer oder durch die Abordnung von Fachkräften. Mit der Abordnung einer Sonderschullehrerin im Umfang eines halben Stundendeputats an die Grundschule Deisenhausen leistet das Förderzentrum Ursberg aktuell einen wichtigen Beitrag zum Projekt „Schule mit inklusivem Profil“. Ein inklusives Schulsystem ohne sonderpädagogisch ausgebildete Fachkräfte kann ich mir nicht vorstellen. Wir sind bereit, uns engagiert am Aufbau zu beteiligen.

Quelle: Augsburgener Allgemeine vom 12.9.2011

<http://www.augsburger-allgemeine.de/krumbach/Inklusive-Herausforderung-id16683631.html>

Mit der auch aktuell immer wieder diskutierten und teilweise umstrittenen Frage nach der Finanzierung inklusiver schulischer Modelle beschäftigte sich im September die Passauer Neue Presse:

Gemeinsames Lernen - Streit um Finanzierung der Inklusion

Bayerns Schulsystem steht vor einer großen Neuerung: der Inklusion behinderter Kinder an den Regelschulen. Seit dem 1. August ist das sogenannte Inklusionsgesetz in Kraft, das behinderten Kindern den Zugang zu allen Schulen ermöglichen soll. Doch die Finanzierung ist ungewiss, die Kommunen fürchten Kosten in Milliardenhöhe. Daher droht die Umsetzung des Gesetzes zur

Hängepartie zu werden. Die Städte und Gemeinden wollen nicht auf den Kosten sitzen bleiben. "Der Freistaat muss hier in seine Verantwortung genommen werden", fordert der Bildungsreferent des Bayerischen Gemeindetags, Gerhard Dix. Der Freistaat habe das Gesetz gemacht, also müsse er auch das Geld bereitstellen. Bürgermeister drohen bereits mit Klagen. Kultusminister Ludwig Spaenle (CSU) spricht von einem "Spannungsfeld".

Unklar ist bislang, was die Umsetzung der Inklusion genau kostet. Nach Berechnung des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes (BLLV) fällt allein für bauliche Maßnahmen wie die Ausstattung der Schulen mit Rampen und Aufzügen ein Betrag in Milliardenhöhe an. Das Kultusministerium nennt diese Summe dagegen "grotesk". Die Kosten seien längst nicht so hoch, betont ein Sprecher, ohne eine konkrete Zahl zu nennen.

Das Ergebnis: Die Kommunen können sich nur unzureichend auf die neuen Schüler und baulichen Veränderungen einstellen. "Wir wissen überhaupt nicht, wo die Reise hinget", kritisiert Dix. Dabei seien längst nicht alle Schulen auf Kinder mit Behinderung vorbereitet.

"Bayern besteht nicht nur aus Schulneubauten. Gerade in den kleineren Gemeinden haben wir eine große Anzahl von Altbeständen, die bei weitem nicht alle barrierefrei sind", sagt Dix.

Städtetagspräsident Ulrich Maly (SPD) fordert deshalb einen Finanzausgleich der Staatsregierung. Weil behinderte Kinder nun hauptsächlich Regelschulen besuchen sollen, "muss diesen Menschen dann auch das Geld folgen". Eine genaue Summe nannte auch Maly bei seiner Antritts-Pressekonferenz in den Sommerferien nicht, sagte aber: "Das würde, wenn man es bayernweit umsetzt, eine abschreckende Zahl ergeben." Eine Klage sei die "Ultima Ratio", falls sich die Staatsregierung bei der Finanzierung querstelle.

Kultusminister Spaenle versucht, die Gemüter zu beruhigen: Die Inklusion werde nur dann an einer Schule eingeführt, wenn die Kommune zustimme. "Natürlich will man, dass sich das entwickelt, aber es kann nicht an einer Einzelschule erzwungen werden", sagt Spaenle. Zudem könnten notwendige Investitionen und große Renovierungen vom Freistaat bezuschusst werden. Den Landtag weiß Spaenle im Krach mit den Kommunen hinter sich, denn das umstrittene Gesetz haben die fünf Fraktionen von Regierung und Opposition gemeinsam erarbeitet. Bereits zum kommenden Schuljahr werden nach Angaben des Kultusministeriums 41 Schulen in Bayern inklusiven Unterricht anbieten. "Ich gehe davon aus, dass viele Eltern ihre Kinder jetzt auf eine Regelschule schicken wollen", sagt Spaenle. Zur Betreuung und Förderung der Schüler seien rund 100 neue Lehrer eingestellt worden.

Auch die Städte und Gemeinden sind grundsätzlich für die Inklusion, fühlen sich aber unter Druck gesetzt. "Der Freistaat macht es sich hier leicht, indem er sagt, das Ganze wird ja nur dort umgesetzt, wo die Gemeinden entsprechende Anträge stellen und ihre Zustimmung erteilen", sagt Dix. In Wirklichkeit könne sich keine Gemeinde dem Ziel, Kinder gemeinsam lernen zu lassen, entziehen.

Daran zweifelt wiederum der BLLV. Der Lehrerverband befürchtet, dass viele Schulen die Inklusion mangels Geld blockieren. BLLV-Präsident Klaus Wenzel bemängelt die fehlende Zeitvorgabe im Gesetz: "Wenn es in dem Tempo weitergeht wie es jetzt der Fall ist, dann würde es ungefähr 120 Jahre dauern, bis die letzte Schule eine Inklusionsschule ist - das dauert mir einfach zu lang."

Quelle: Passauer Neue Presse vom 11.9.2011

http://www.pnp.de/nachrichten/bayern/?em_cnt=215969&em_loc=6

Einen recht optimistischen Ausblick auf die neue Situation mit dem Schulprofil „Inklusion“ aus Ingolstadt fanden wir im Donaukurier vom

Der Motor für ein neues Miteinander

In Bayern werden seit ein paar Tagen an 37 Grund- und Hauptschulen behinderte und nicht behinderte Kinder gemeinsam unterrichtet. In Ingolstadt gibt es eine dieser so genannten Inklusionsschulen – die Lessingschule. Unter den Erstklässlern sind zehn Kinder mit besonderem Förderbedarf.

Die Grundschule an der Lessingstraße ist Ingolstadts einzige Inklusionsschule, sie hat sich mit Erfolg um dieses Profil beworben. „Wir haben uns getraut und offen dazu bekannt“, sagt Schulleiter Michael Enzinger. Aufgenommen wurden zunächst allerdings nicht geistig oder körperbehinderte Kinder – das ist noch Zukunftsmusik. „Unser Schwerpunkt sind Lern- und Sprachbehinderungen“, sagt Enzinger. Um diese Kinder zu fördern, sind zusätzliche Lehrerstellen und -stunden genehmigt worden.

Der Rektor geht recht behutsam mit dem sensiblen Thema um, denn noch ist alles Neuland, es gibt keine praktischen Erfahrungen. Auch Schulamtsdirektor Anton Mang warnt vor überstürzten Erwartungen: „Dieser Umbruch gelingt nicht von heute auf morgen, sondern geht nur Schritt für Schritt.“ Immerhin: Schon jetzt bilden sich Lehrkräfte an der Lessingschule in Gebärdensprache weiter, um später einmal auch Kinder mit Gehörbeeinträchtigung unterrichten zu können. Vor allem aber hat Enzinger eines im Blick: „Ich muss darauf achten, dass wir nicht zur Förderschule werden und kann deshalb nur eine begrenzte Zahl von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf aufnehmen: Pro Jahrgang haben wir rund 80 Schüler, davon können höchstens zehn mit Lernbehinderung sein. Denn der Unterricht darf nicht beeinträchtigt werden.“

Ob ein Kind eine Förderschule oder eine Regelschule besucht, entscheiden allein die Eltern. Natürlich werden sie in dieser Frage intensiv beraten. Es gilt abzuwägen zwischen einer bestmöglichen Förderung und dem sozialen Miteinander von Kindern mit und ohne Behinderung. „Es gibt keinen Ansturm auf die Inklusionsschulen, denn viele Eltern schicken ihre Kinder nach gründlicher Abwägung dann doch lieber auf die Förderschule“, betont Anton Mang.

Ganz neu ist das Thema Inklusion übrigens nicht: Bereits seit Jahren existieren an etlichen Ingolstädter Regelschulen so genannte Kooperationsklassen für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Momentan gibt es neun solcher Klassen, an denen 38 dieser Schüler unterrichtet werden. An der Lessingschule besteht eine Zusammenarbeit mit der Sprachheilschule.

Laut Kultusminister Ludwig Spaenle (CSU) sollen die Inklusionsschulen zu „Motoren für ein neues Miteinander von jungen Menschen mit und ohne Behinderung werden“. Mit ihrer Gründung setzt der Freistaat die UN-Behindertenrechtskonvention um.

Quelle: Donaukurier vom 14.9.2011

<http://www.donaukurier.de/lokales/ingolstadt/Ingolstadt-Der-Motor-fuer-ein-neues-Miteinander;art599,2474820>

Auf die Bedeutung einer angemessenen Versorgung der Regelschulen mit sonderpädagogisch ausgebildeten Lehrkräften weist der folgende Artikel hin, der sich auf Professor Heimlich von der LMU München beruft:

Experte: Mehr Lehrer für Inklusion erforderlich

Künftig sollen in Bayern behinderte und nicht behinderte Kinder gemeinsam die Schulbank drücken. Doch für die Umsetzung der sogenannten Inklusion sind nach Einschätzung des Münchner Professors Ulrich Heimlich weit mehr geeignete Lehrer erforderlich. "Ich sehe ein Riesenproblem in der personellen Ausstattung der Schulen", sagte der Lernbehindertenpädagoge in einem Gespräch mit der Nachrichtenagentur. Der Staat müsse die Lehrer durch Fortbildungsmaßnahmen und Beratung intensiv unterstützen. "Das Engagement der Lehrkräfte in diesem Bereich ist sehr hoch, darf aber nicht die einzige Ressource sein", forderte Heimlich.

Seit dem 1. August ist in Bayern das Inklusionsgesetz in Kraft, das Kindern mit Behinderung den Zugang zu allen Schulen ermöglichen soll. Um Lehrer zu entlasten und alle Kinder

ausreichend zu fördern, müsse den Lehrkräften mindestens ein Sonderpädagoge zur Seite gestellt werden, sagte Heimlich. "Möglicherweise werden auch "Integrationshelfer" benötigt, wenn es um die Pflege der Kinder in der Schule geht, die Betreuung oder Toilettengänge."

Zwar führe an der Inklusion kein Weg vorbei – doch bei der Umsetzung steht den Schulen nach Einschätzung Heimlichs viel Arbeit bevor. Nicht nur unter Sonderpädagogen bestehe die Sorge, ob die Einführung klappt. Auch viele Eltern seien noch skeptisch, weil sie bislang keine Erfahrung mit dem gemeinsamen Lernen gemacht hätten. "Wenn sie allerdings erlebt haben, wie die Inklusion auf ihre Kinder wirkt, dann wächst auch die Zustimmung", sagte Heimlich.

So profitieren nach Meinung des Experten alle Schüler von gemeinsamem Unterricht. Heimlich widersprach der Kritik, nicht behinderte Kinder würden an inklusiven Schulen in ihrer Entwicklung beeinträchtigt. "Ihre Schulleistungen sind nicht schlechter als anderswo. Aber gleichzeitig werden Sozialkompetenzen wie Toleranz, Einfühlungsvermögen und Hilfsbereitschaft gestärkt."

Auch für behinderte Kinder sei die Inklusion sinnvoll: Sie könnten sich besser entwickeln und in ihren Lernergebnissen vom gemeinsamen Unterricht profitieren, sagte Heimlich. "Schüler mit Behinderung strengen sich nicht nur an, sondern erzielen in der inklusiven Schule auch bessere Schulleistungen als in Förderzentren."

Quellen: dpa-Dossier Bildung Forschung Nr. 38/2011, 19.09.2011) und dpa Deutsche Presse-Agentur GmbH.

<http://bildungsklick.de/a/80413/experte-mehr-lehrer-fuer-inklusion-erforderlich/>

Barrierefreiheit ist eines der am häufigsten gebrauchten Schlagwörter, wenn es darum geht, Gelingensbedingungen für Inklusion zu formulieren. Einen amüsanten und doch in der Sache beklemmenden Artikel aus der Süddeutschen Zeitung zu diesem Thema lesen Sie hier:

Bundestag lädt Behinderte wieder aus Rollstuhlfahrer müssen draußen bleiben

Eine historische Versammlung sollte es werden, doch am Ende stand eine Blamage. Der Bundestag lädt 300 Behinderte zu einer gemeinsam Versammlung ein - und später wieder aus. Der Grund: Es hatten sich zu viele Rollstuhlfahrer angemeldet. So viele verkrafte das Gebäude nicht. Bei den Behinderten erntet die Politik nun Spott und Häme - die beteiligten Abgeordneten reagieren kleinlaut.

Politiker beklagen sich häufig über mangelnde Aufmerksamkeit. Aber wenn sich dann schlagartig sehr viele Menschen interessieren, ist das unter Umständen auch nicht recht. Dann muss eine Veranstaltung abgesagt werden, weil sie gegen Brandschutz- und andere Sicherheitsverordnungen verstößt. Und der Ärger bei allen Beteiligten ist groß.

Am 2. und 3. Dezember sollten im Reichstagsgebäude Menschen mit Behinderung die Gelegenheit haben, mit Politikern zu diskutieren. Zum ersten Mal in der Geschichte sollte es eine gemeinsame Sitzung geben, um über die UN-Behindertenrechtskonvention und Barrierefreiheit zu diskutieren. Was dann passierte, bezeichnet Markus Kurth, der behindertenpolitische Sprecher der Grünen, als "ärgerlich, peinlich und blöd".

Das Angebot war auf großes Interesse gestoßen, der Deutsche Behindertenrat hatte sich über die "bemerkenswerte Initiative" gefreut. Etwa 300 Teilnehmer meldeten sich an. Darunter mehr als 100 Rollstuhlfahrer. Zu viele, fand die Bundestagsverwaltung. Etwa 30 seien zu verkraften gewesen, womöglich auch etwas mehr. Aber 100? Da sei die Sicherheit im Parlament nicht mehr gewährleistet. Der Brandschutz! Technische Bestimmungen! So leid es ihnen tue, das gehe nicht.

Am Mittwoch verschickten Kurth, seine Kollegen der anderen im Bundestag vertretenen Parteien und der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Hubert Hüppe

(CDU), eine gemeinsame Absage. Man habe extra die Oberste Bauaufsicht der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und die Berliner Feuerwehr um "intensive Prüfung" gebeten. "Doch bezüglich der Sicherheit Abstriche zu machen, war für uns keine Option."

"Zeichen von Hilflosigkeit"

Jetzt sind viele Behinderte sauer - und werfen den Politikern dilettantisches Verhalten vor. "Ja, wer rechnet denn mit so was? Da macht man eine Veranstaltung zum Thema Teilhabe und die Leute, die teilhaben sollten, kommen auch noch?", fragt die in London lebende Journalistin Christiane Link in ihrem [Blog Behindertenparkplatz](#).

Für Barbara Vieweg, die Vorsitzende des Deutschen Behindertenrats, ist die Absage ein "Zeichen von Hilflosigkeit im Umgang mit Behinderten und Barrierefreiheit". Adolf Bauer, Präsident des Sozialverbands [Deutschland](#), nennt die Angelegenheit "absurd". Es hätten "organisatorische Vorkehrungen getroffen werden müssen, um das Debakel zu verhindern". Die Leser der Seite [kobinet](#) (Kooperation Behinderter im Internet) schäumen: "Ein wirklich schwaches Bild für Deutschland", "mehr als peinlich" und "Rollstuhlfahrdemos in Berlin! Sofort!" lauten die mildereren Kommentare. Die Ausgrenzung Behinderter habe in der Bundesrepublik Methode, so der Tenor.

Nur die Linke stimmt dagegen

Der [Bundestag](#) wollte genau das Gegenteil beweisen - der Jammer ist entsprechend groß. "Man hat sich verkalkuliert", sagt Silvia Schmidt, behindertenpolitische Sprecherin der [SPD](#), im Gespräch mit [sueddeutsche.de](#). "Ich verstehe die Aufregung der Betroffenen, ich hoffe auf ihr Verständnis. Es war leider nicht möglich. Wir können uns keinen Raum schnitzen."

Offensichtlich sei beim Bau des Plenarsaals nicht darauf geachtet worden, dort eine große Anzahl von Rollstuhlfahrern unterzubringen, mutmaßt Schmidt - eine Aussage, die wohl für viele Gebäude in [Deutschland](#) gelten dürfte.

"Das wirkliche Leben hat den Bundestag eingeholt"

Die Politiker diskutierten zwar, die Versammlung in eine andere Räumlichkeit zu verlegen. Etwa auf dem Berliner Messegelände oder in Zelten vor dem [Reichstag](#). Sie kamen aber zu dem Schluss, das würde "dem Charakter der Veranstaltung nicht gerecht", wie die SPD-Politikerin Schmidt sagt.

Letztlich entschieden sich die behindertenpolitischen Sprecher der Bundestagsfraktionen mehrheitlich für die Verschiebung des Termins - er soll Ende 2012 nachgeholt werden. Lediglich Ilja Seifert von der Linkspartei, selbst Rollstuhlfahrer, stimmte gegen die Absage. "Das wirkliche Leben hat den [Bundestag](#) auf äußerst unangenehme Weise eingeholt", schreibt Seifert in einer Pressemitteilung. Es gebe Bereiche, die für Rollstuhlfahrer unzugänglich seien - nun müsse sich der Bundestag damit beschäftigen, wie viele Rollstuhlfahrer hineindürften.

Tatsächlich dürfte in den kommenden Wochen und Monaten intensiv darüber nachgedacht werden, wie der Nachholtermin zu gestalten ist. Eine neuerliche Schmach will die Politik unbedingt vermeiden. Dass der Plenarsaal bis 2012 vergrößert wird, gilt jedoch als ausgeschlossen. Der Grünen-Politiker Kurth regt an, so viel Platz zu schaffen, wie irgendwie möglich - und zur Not die Versammlung auf Leinwände in anderen Gebäuden zu übertragen. Anders gehe es nicht. Barbara Vieweg vom Deutschen Behindertenrat betont jetzt schon, dass ihr Aktionsbündnis keine Lösung mittragen wird, die "Menschen im Rollstuhl ausgrenzt". "Man kann nur hoffen, dass sich weniger Rollstuhlfahrer anmelden", sagt die SPD-Politikerin Schmidt. Damit wäre das Platzproblem im Bundestag gelöst - die Frage nach der Teilhabe Behinderter an der Politik aber noch lange nicht.

Quelle: [sueddeutsche.de](#) vom 14.10.2011

<http://www.sueddeutsche.de/politik/bundestag-laedt-behinderte-wieder-aus-rollstuhlfahrer-muessen-draussen-bleiben-1.1162480>

Aus Mittelfranken stammt ein recht positiver Erfahrungsbericht hinsichtlich der Zusammenarbeit von Regel- und Förderschule, der auch unterstreicht, wie wichtig die Vernetzung der verschiedenen Schularten und anderer Bildungseinrichtungen im Zusammenhang mit inklusiver Bildung ist.

Zeit und Zuwendung für Behinderte - Beispiel Cadolzburg: Wie die Inklusion gelingen kann

Interessierte Schulen müssen sich um das Prädikat „Inklusion“ bewerben, und bisher hat es das Kultusministerium 37 Grund-, Haupt- und Mittelschulen im Freistaat verliehen. Kinder mit und ohne Behinderung werden dort nun seit diesem Schuljahr gemeinsam unterrichtet. Eine der fünf mittelfränkischen Einrichtungen mit dem neuen Profil ist die Mittelschule in Cadolzburg. Die Erfahrungen sind bisher äußerst gut.

Der Weg zur Inklusions-Schule war vorgezeichnet. Das liegt nicht nur daran, dass unmittelbar neben der Mittelschule in Cadolzburg ein Sonderpädagogisches Zentrum steht, durch einen überdachten Gang können Schüler und Lehrer sogar trockenen Fußes zwischen den Gebäuden wechseln. Diese pädagogische Nabelschnur zum gegenseitigen Nutzen besteht schon lange. Das neue Schulleben pulsiert jetzt dort nur noch etwas kräftiger.

Die UN-Konvention über die Rechte Behinderter, nach der auch Kinder mit einem sonderpädagogischen Förderbedarf – so heißt das offiziell, von Behinderung sprechen die Beteiligten nicht gern – die Tür in eine ganz normale Regelschule offen stehen muss, hat den Prozess im Freistaat deutlich beschleunigt.

Die Bedingungen für einen gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Handicap sind deutlich besser geworden. Noch in diesem Monat will das Kultusministerium eine erste Bilanz ziehen.

Frühe Erfahrungen

„Wir haben in diesem Bereich schon Erfahrungen gesammelt, da haben noch nicht Gott und Welt über Inklusion geredet“, betont Norbert Autenrieth, Rektor der Mittelschule Cadolzburg, selbstbewusst. Seit drei Jahren bereits gibt es dort sogenannte Kooperationsklassen, die auch jeweils drei oder vier Schüler besuchen, die besonders gefördert werden müssen. „Diese Kinder kommen dort sehr gut zurecht“, sagt der Schulleiter, „das ist sehr sinnvoll. Manche zählten später schon zu den Klassenbesten.“

Hinzu kam im Schuljahr 2010/2011 eine „Partnerklasse“ an der Mittelschule. Dort begannen 17 Kinder aus dem Förderzentrum neben zwei ehemaligen Achtklässlern aus Autenrieths Schule zu büffeln. Bei den beiden war es vorher mehr als fraglich, ob sie die Hauptschule erfolgreich abschließen können. Die Eltern haben dem Wechsel zugestimmt.

Auch dieses Konzept hat sich bewährt. Lehrplan und Förderung sind an die Bedürfnisse dieser Kinder so angepasst, dass alle einen vereinfachten Hauptschulabschluss erreichen können. Den Rektor freut besonders eines: „Unsere beiden ehemaligen Mittelschüler haben inzwischen eine Lehrstelle gefunden. Manche Kinder brauchen eben etwas Zeit, um zu anderen aufzuholen.“

Immer zwei Lehrer

Das Vorzeigemodell aber ist die neue Tandem-Klasse in Cadolzburg, eine Siebte. Hier wird mit der Inklusion richtig Ernst gemacht. Das Klassenzimmer mit einem angrenzenden Gruppenraum teilen sich 21 Schüler. Acht von ihnen, also mehr als ein Drittel, haben diesen „erhöhten sonderpädagogischen Förderbedarf“. Unterrichtet werden sie immer von zwei Lehrern. Martina Kreil ist in der Cadolzburger Tandem-Klasse als Sonderschullehrerin im Einsatz. „Diese Neuerung bietet riesige Chancen für die Kinder“, meint sie. Ihr Kollege, der Hauptschullehrer Roland Schönfelder, sieht das nicht anders: „Wir können auf jeden Schüler individuell eingehen. Die Gruppen sind klein.“

Auch Philip, der 14-jährige Sohn von Tobias Wenzel, besucht diese 7. Klasse. Der Junge hat schon einen mühsamen Schulweg hinter sich gebracht. Gestartet ist er in der Förderschule, er wechselte dann in eine Regelschule, kam dort nicht klar und kehrte dann wieder dorthin zurück, wo er begonnen hat.

„In der Tandem-Klasse geht es Philip super“, bestätigt der Vater und fügt hinzu: „Mir auch.“ Der Kontakt zu den Lehrern sei sehr eng und bei den Hausaufgaben könne sich kein Kind „durchmogeln“.

Tobias Wenzel weiß, dass in dieser Hinsicht das Kontrollnetz an einer reinen Regelschule gar nicht so eng sein kann wie hier mit zwei Lehrern und einer kleineren Klasse.

Der Vater hofft, dass am Ende ein guter Hauptschulabschluss für seinen Filius herauskommt. „Obwohl ich mit der Förderschule keineswegs unzufrieden war, aber mit einem solchen Abschluss sehen die beruflichen Chancen dann natürlich ganz anders aus.“

Das ist ein grundsätzliches Ziel all dieser aufwendigen Bemühungen. Norbert Autenrieth würdigt die finanzielle und personelle Ausstattung, welche die Regierung ihm und den anderen Inklusions-Schulen zur Verfügung gestellt hat. Ob das so bleibt und bezahlbar ist, wenn das Modell flächendeckend eingeführt werden soll, ist aber völlig offen.

Etwa zehn Prozent der rund 250 Kinder an der Cadolzburger Mittelschule haben derzeit einen besonderen Förderbedarf. Er würde sich wünschen, der Anteil ließe sich noch erhöhen.

Seine Vision ist es, dass die noch bestehenden pädagogischen Rest-Mauern zwischen seiner Schule und den Nachbarn im Förderzentrum völlig fallen und „wir zusammen ein einziges Schulzentrum“ werden. „Vielleicht erleben wir das noch.“

Quelle: nordbayern.de vom 11.10.2011

<http://www.nordbayern.de/zeit-und-zuwendung-fur-behinderte-1.1570257>

Der folgende Text ist eine Presseerklärung des Forum Bildungspolitik, in dem auch der vds Bayern vertreten ist. Er beschäftigt sich mit der Frage nach dem gegliederten Schulsystem, an dem das Staatsministerium weiterhin strikt festhalten möchte.

44 Organisationen stellen gegliedertes Schulsystem in Frage

Forum Bildungspolitik in Bayern richtet Petition an den Landtag und positioniert sich gegen das starre Festhalten am gegliederten Schulsystem. Forumssprecher Klaus Wenzel: „Dies ist ein Meilenstein in der 20-jährigen Geschichte des Forums“

44 Mitgliedsorganisationen des *Forums Bildungspolitik in Bayern* haben sich in einer Petition an den Bayerischen Landtag gegen das starre Festhalten am dreigliedrigen Schulsystem in Bayern ausgesprochen. Sie bilden nahezu das gesamte bildungspolitische Spektrum des Freistaats ab.

In *Forum* werden derzeit weit über zwei Millionen Bürgerinnen und Bürger vertreten, es wurde vor 20 Jahren gegründet. Zu den Mitgliedsorganisationen zählen beispielsweise der

Landesverband Bayern der Deutschen Caritas oder der Landesverband Bayern des Deutschen Kinderschutzbundes. „Ein solcher Konsens in einer seit Jahren strittigen und polarisierenden Frage hat besonderes Gewicht“, erklärte Wenzel heute in München. Die Luft

für die Bayerische Staatsregierung werde dünner. Der Druck aus der Bevölkerung nehme zu.

Wenzel bezeichnete es als schul- und bildungspolitischen Fehler, angesichts des demografischen Wandels und des veränderten Schulwahlverhaltens strikt an antiquierten Strukturen

festzuhalten. „Die Schulen brauchen mehr Freiheit und Gestaltungsmöglichkeiten.“ Es wäre ein folgenschwerer Fehler, wenn die Staatsregierung dieses eindeutige Signal ignorieren würde.

Kinder werden nicht besser gefördert, wenn sie möglichst früh auf verschiedene Schularten verteilt werden. Diese Sichtweise ist nach Auffassung des *Forums* ein Dogma, das überkommen und inzwischen auch von unzähligen wissenschaftlichen Studien widerlegt ist. „Das frühzeitige Aussortieren von Kindern zementiere viel eher die Nachteile ungleicher Startbedingungen, ohne in nennenswertem Umfang Spitzenleistungen garantieren zu können“, sagte Wenzel. Die

Lösung liege in wohnortnahen schulischen Angeboten. Es gehe nicht um die Verordnung einheitlicher Schulmodelle, sondern vielmehr um Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort:

Schulträger, Pädagogen, Eltern und Kommunen sollten jede erdenkliche Unterstützung bekommen, um eine Schule nach ihren Bedürfnissen entwickeln zu können.

Schulversuche, die von den traditionellen Schularten abweichen, mehr Mitbestimmung in der Schule und für die einzelne Schule, Entscheidung der Eltern über die weiterführende Schulart, Abschaffen des Sitzenbleibens, mehr Personal und mehr Mittel für guten Unterricht.

„Wir verstehen die Petition als einen Appell an die bayerischen Bildungspolitiker, Schulentwicklung von der Basis her zuzulassen“, betonte Wenzel.

Die Petition ist auf der Website des Forums Bildungspolitik in Bayern unter http://www.forum-bildungspolitik.de/download/pet_schulstruktur_11_07_12.pdf zu finden.

Einen allgemeinen und doch nicht uninteressanten Artikel zum Thema „Umsetzung der Inklusion in Schulen“ veröffentlichte heute.de im Oktober. Erfreulich ist insgesamt, dass die Sonderpädagogik in der letzten Zeit häufiger selbst zu Wort kommt und differenzierter dargestellt wird als dies noch vor etwa einem Jahr der Fall war.

Gemeinsam lernen wird nur langsam selbstverständlich - Umsetzung der Inklusion in Schulen: Schritt für Schritt weiter

Sollen Kinder mit Behinderungen eine normale Regelschule besuchen? Für die Menschenrechtskonvention keine Frage, sondern ein Muss. Inklusion ist das Stichwort. Auch in Deutschland - seit Kanzlerin Merkel vor zwei Jahren die Konvention unterzeichnete. Inklusion, das bedeutet: Jeder Mensch ist gleichberechtigter Teil der Gesellschaft. Ausgrenzungen dürfen nicht stattfinden. Ein kleiner Teilbereich der Inklusion ist der Schulbesuch. "Früher nannte man es Integration, aber das meinte nicht dasselbe", sagt Marianne Demmer, stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. "Integration heißt, dass Distanz geschaffen wird und vereinzelt Menschen wieder in die Gesellschaft hineingelassen werden. Inklusion bedeutet viel mehr und ist eigentlich auch nicht auf Menschen mit Behinderungen beschränkt." Eine offene Gesellschaft, tolerant, verständnisvoll und frei von Vorurteilen und Diskriminierung: Das kann mit Einbindung aller Menschen von Kleinkindesbeinen an gelingen. Aber in einem Land wie Deutschland mit einem Schulsystem, das für jede Besonderheit und Behinderung eine passende Förderschule vorhält? "Zurzeit beobachten wir in 16 Bundesländern 16 unterschiedliche Herangehensweisen, wie stark junge Menschen - und hier passt der Begriff noch - integriert werden", sagt Marianne Demmer.

Nord-Süd-Gefälle in der Umsetzung

Am weitesten sei (zumindest auf dem Papier) Bremen fortgeschritten, wo man versuche, alle Kinder mit Behinderungen auch an einer Regelschule zu unterrichten. "Andere Länder wie Bayern oder Sachsen proklamieren zwar, inklusiv zu agieren, aber letztendlich werden dort nur Kooperationsklassen an Regelschulen geführt", kritisiert die stellvertretende Vorsitzende der GEW. Hier zeige sich erneut ein Problem des föderalen Systems: Die Kultusministerkonferenz versuche, es allen recht zu machen und schaffe dadurch keine eindeutige Grundlage.

"Bislang hat sich niemand getraut zu sagen: Wir machen einen Schnitt und überführen sonderpädagogische Einrichtungen ins Schulsystem", so Demmer. Und zurück blieben viele Fragezeichen bei Eltern und verunsicherte Lehrer. "Viele Sonderpädagogen leiden darunter, dass sie sich im Niemandsland befinden zwischen Förderschule und Regelschule. Und viele Lehrer an Regelschulen ebenso. Ein paar Stunden pro Woche pro Klasse helfen da auch nicht weiter, sondern schaffen oft Ratlosigkeit und Frust. Pädagogik aber braucht Kontinuität."

Teilhabe für alle schaffen

"Inklusion ist ein dauerhafter Zustand und wird es auch bleiben", sagt Stephan Prändl, Bundesvorsitzender beim Verband Sonderpädagogik, dem rund 10.000 Sonderpädagogen angeschlossen sind. Erklärtes Ziel des Verbandes: "Wir wollen Teilhabe für alle schaffen, und

das erfordert eine hohe Qualität in der Förderung jedes Kindes. Dazu gehören nicht nur die Sonderpädagogen, das schafft nur ein funktionierendes Netzwerk unter anderem aus Trägern, Lehrern, Integrationshelfern und Eltern." Aber, so Prändl: Inklusion könne kein Sparmodell sein.

Genau das befürchten manche Sonderpädagogen derzeit jedoch. "Auf der einen Seite wird Inklusion an Regelschulen mehr oder weniger vorangetrieben, auf der anderen Seite sinken die Zahlen der Kinder, die eingeschult werden, beständig. Und damit auch die Zahlen der Kinder mit Förderbedarf. Da liegt doch der Gedanke nahe, bei dieser Gelegenheit Stellen zu streichen und somit Kosten zu sparen. Aber eben das darf nicht geschehen, wenn Inklusion an Schulen gelingen soll", so Marianne Demmer von der GEW.

Ausbruch aus dem alten Lehrschema

Erfreulich, so Demmer sei, dass das Thema Inklusion nicht mehr offen abgelehnt werde. Das sei ein wichtiger Schritt, bevor nun weitere Etappen anstünden: "Es braucht noch eine Menge Fort- und Ausbildung. Und viel Kommunikation. Aber diejenigen Lehrer, die Inklusion bereits leben, erfahren eine ganz neue Unterrichtskultur. Vielen wird schlagartig bewusst, dass sie ein traditionelles Lehrschema nicht mehr aufrechterhalten können. Der komplette Unterricht ändert sich in einem Sinne, dass alle Kinder davon profitieren."

Quelle: ZDF vom 18.10.2011

<http://www.heute.de/ZDFheute/inhalt/12/0,3672,8358732,00.html>

Weniger differenziert wird leider derzeit von einer aktuellen Entwicklung im Regierungsbezirk Schwaben berichtet. Es geht um die Beschulung von zwei gehörlosen Mädchen in Regelschulen und um die Frage, ob der Bezirk die dafür notwendigen Gebärdendolmetscher bezahlen muss. Fachliche Fragen werden hier kaum berücksichtigt und auch die Rolle des Büros der Beauftragten der bayerischen Staatsregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen muss in diesem Fall kritisch hinterfragt werden. Die Süddeutsche Zeitung berichtete am 24.12.11 von diesem Fall. Dieser Artikel liegt leider nicht in digitaler Form vor. Wir möchten Ihnen deshalb einen Artikel aus der Augsburgener Allgemeinen Zeitung nicht vorenthalten:

Tauziehen um zwei gehörlose Mädchen

Vanessa und Melissa sollen gegen den Willen der Eltern ein Förderzentrum besuchen

Der Vorwurf von Karin Kestner wiegt schwer: Der Bezirk Schwaben und der Leiter des Förderzentrums für Hörgeschädigte, Michael Pasemann, verhindern die Integration von zwei gehörlosen Kindern. Das sagt die Gebärdendolmetscherin und Leiterin eines Verlages im hessischen Schauenburg. Kestner setzt sich deutschlandweit für gehörlose Kinder ein, die eine Regelschule nach dem Willen der Eltern besuchen sollen und die dann Probleme mit Behörden bekommen. Die Familien der sieben Jahre alten Vanessa aus Mering (Kreis Aichach-Friedberg) und der sechsjährigen Melissa aus Neu-Ulm haben sich verzweifelt an die Expertin gewandt. Sie sind in die Mühlen der Bürokratie verschiedener Behörden und Institutionen geraten, die alle beteuern, das Wohl der beiden Mädchen im Auge zu haben.

Vanessa sollte nach dem Schuleingangstest in die Meringer Grundschule gehen - eine Empfehlung des Schulamtes. Der Schulaufwandsträger stimmt zu, die Schule ist nach einem Probeunterricht begeistert. Eine entscheidende Rolle spielen dabei Dolmetscher, die die Gebärdensprache beherrschen. Die Eltern wollen, dass ihr Kind in dieser Sprache unterrichtet wird. Ein Cochlea-Implantat (siehe Info), das Gehörlosen eingepflanzt wird, um hören zu können, lehnen sie ab.

Der Bezirk Schwaben ist nicht bereit, die hohen Kosten für die Dolmetscher zu übernehmen. Er ist zuständig für die sogenannte Eingliederungshilfe und beruft sich auf ein Gutachten Pasemanns, der die Kinder aus verschiedenen Gründen besser in seinem Hause aufgehoben sieht - unter anderem deshalb, weil sie dort besser gefördert würden. Das Kultusministerium beurteilt das nach Ortsterminen anders. Das Ministerium würde ein wissenschaftlich begleitetes Projekt an den Regelschulen finanziell unterstützen. Das Augsburger Sozialgericht und das Landessozialgericht in München teilen diese Ansicht aber nicht. In Eilentscheidungen verwerfen sie die Klagen der Eltern und geben dem Bezirk recht. Basis dafür ist das sonderpädagogische Gutachten des Förderzentrums, von dem das Büro der Behindertenbeauftragten Irmgard Badura schreibt, dass es „fehlerhaft“ sei. Badura berät in Behindertenfragen die Staatsregierung und ist in den Einzelfällen „eigentlich über ihre Zuständigkeit hinausgegangen. Aber das Schicksal der beiden Mädchen geht ihr zu Herzen“, sagt einer ihrer Mitarbeiter.

Wie es weitergeht, ist unklar. Melissas Eltern erwägen den Umzug in ein anderes Bundesland, weil es zu lange bis zum Hauptsachverfahren dauern könnte. Klar ist dagegen die Haltung der Behindertenbeauftragten. In einem Schreiben ihres Hauses heißt es: „Insgesamt stellt sich (...) schon die Frage, inwieweit sich der Bezirk, der Förderschulbereich und die dazugehörige Schulaufsicht fachlich auf die neue rechtliche Lage eingestellt haben. Der Schaden für die Kinder (...) ist aus unserer Sicht nicht unerheblich.“

Kommentar: Die Kinder sind die Opfer

Das, was mit der kleinen Vanessa und Melissa geschieht, ist ein besonders trauriger Fall. Die beiden gehörlosen Mädchen sollen - unterstützt durch Gebärdendolmetscher - Regelschulen besuchen. So wollen es die Eltern, die ihre Töchter auf diese Weise optimal gefördert sehen. Doch das Schwäbische Förderzentrum für Hörgeschädigte in Augsburg, der Bezirk Schwaben, die Bezirksregierung und inzwischen zwei Gerichtsinstanzen per Eilentscheidung haben eine andere Sichtweise. Sie stützen sich dabei in erster Linie auf ein Gutachten, das aus dem Augsburger Förderzentrum stammt. Schon das ist alles andere als glücklich.

Auch der Inhalt des Gutachtens scheint angreifbar, weil es sich etwa auf rechtliche Grundlagen im Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetz bezieht, die es so gar nicht mehr gibt. Die schlichte Wahrheit ist, dass es hier um viel Geld geht - etwa 15 000 Euro im Monat. Und das zahlt auch der unter Kostendruck stehende Bezirk nicht gerne. Nur: So geht es nicht.

Quelle: Augsburger Allgemeine vom 20.12.2011

Über den eingangs zitierten Beschluss der Kultusministerkonferenz erschien am 30.11.2011 ein Artikel in der taz, in dem auch der bayerische Weg Erwähnung findet.

KULTUSMINISTER ZUR INKLUSION

Mit Wattestäbchen gegen Ausgrenzung

Die Kultusminister haben ihre Empfehlungen für inklusive Bildung von Kindern vorgestellt. Viele schöne Worte finden die Fachleute. Und Förderschulen soll es weiter geben.

VON ANNA LEHMANN

Traumhaus der Vielfalt

Zweieinhalb Jahre nach Unterzeichnung besuchen nach Angaben des Deutschen Instituts für Menschenrechte immer noch vier Fünftel dieser Schüler keine Regelschule. Aber immerhin haben die Kultusminister nun

gemeinsame Empfehlungen beschlossen, in denen sie sich zum Grundsatz der Inklusion bekennen. In den Empfehlungen malen sich die Kultusminister aus, wie eine inklusive Schule aussieht, und das Bild ist in der Tat sehr schön. Der Unterricht in diesem Traumhaus soll der Vielfalt von unterschiedlichen Lern- und Leistungsvoraussetzungen Rechnung tragen, "ganzheitlich" soll er sein und Raum für kreative Entfaltung bieten. Leistung sollen die

Schüler dennoch zeigen, so soll der gemeinsame Unterricht die "Standards für allgemeine schulische Abschlüsse berücksichtigen". Denn wie die Vertreterin des Bremer Bildungssenats, Cornelia von Ilseman, zutreffend feststellt: "Unser Problem ist, dass die Kinder sich an ihren Sonderschulen oft sehr wohl fühlen, aber dort zu wenig lernen." Der Großteil aller Schüler ohne Schulabschluss kommt pikanterweise aus Schulen mit dem Förderschwerpunkt "Lernen". Doch wie sie aus diesem Dilemma herauskommen, haben die Kultusminister in ihren Empfehlungen nicht näher ausgeführt. Da heißt es, für den inklusiven Unterricht "könnten" Lehrkräfte mit spezifischen pädagogischen Kompetenzen erforderlich sein. Noch vorsichtiger werden die MinisterInnen, wenn sie skizzieren, wie sich die allgemeinbildende Schule ändern muss: "Die Formen des gemeinsamen Unterrichts werden durch regionale Besonderheiten, das elterliche Wunsch- und Wahlverhalten, individuelle Bedarfe und die

Gestaltungsmöglichkeiten der beteiligten Partner bestimmt", heißt es. Vier Kriterien also, von denen abhängt, ob ein Kind mit Förderbedarf nun mit anderen Kindern unterrichtet werden kann, und nur eines davon hat mit ihm selbst zu tun: der individuelle Bedarf.

"Keine Legitimation für zwei Systeme"

Dieser Satz voller Wenn bildet die Grundlage dessen, was der Amtierende Präsident der Kultusministerkonferenz, Bernd Althusmann (CDU), klarstellt: Der Anspruch auf Inklusion sei keineswegs gleichbedeutend mit der Abschaffung eines differenzierten Förderschulsystems. Und der KMK-Präsident geht noch weiter: "Ich empfehle, das Förderschulsystem parallel aufrechtzuerhalten." Für die Bayern ist sowieso klar, dass so schnell keine Förderschule geschlossen wird: "So ein Hauruck-Verfahren ist nicht bayerisch", sagt der Vertreter des Bayerischen Kultusministeriums, Erich Weigl. Man schaffe mit Sicherheit keine Förderschule ab, wenn die Qualität in den Regelschulen nicht stimme. Ein Kriterium wie das elterliche Wunsch- und Wahlverhalten gibt es indes

laut UN-Resolution gar nicht, stellte Marianne Hirschberg vom Deutschen Institut für Menschenrechte fest, das die Umsetzung der UN-Resolution im Auftrag der UN beobachtet. "Insofern gibt es auch keine Legitimation für zwei Systeme." Das Institut hatte die Empfehlungen denn auch kritisiert: Man habe gehofft, die Kultusministerkonferenz übernehme stärker die Führungsrolle bei der Anleitung der Bundesländer, die schulische Segregation behinderter Kinder zu überwinden. Auch der Behindertenbeauftragte der Bundesregierung, der CDU-Politiker Hubert Hüppe, ist enttäuscht: Die Kultusminister machten mit ihrem Beschluss nicht klar, dass der erste Förderort für alle Kinder die Regelschule sei. "Ich kenne kein Kind, das vom Besuch der Förderschule abgehalten wurde. Probleme gibt es erst, wenn das Kind auf eine Schule gehen will, wo auch die anderen Kinder lernen."

Demografie könnte Inklusion fördern

In Bremen lernen bereits alle Grundschüler gemeinsam. Spätestens 2013 werden nach Auskunft von Ilsemanns auch die Oberschulen alle Kinder aufnehmen, die als lernschwach, verhaltensauffällig gelten oder Sprachförderung brauchen. Sie bilden unter den Kindern mit Behinderungen die satte Mehrheit. Bereits jetzt ziehen es 80 Prozent der betroffenen Bremer Eltern vor, ihre Kinder auf eine solche Regelschule zu schicken.

Andere Länder brauchen länger: junge Lehrer müssen ausgebildet, gestandene fortgebildet, Eltern überzeugt werden. Althusmann sagt für Niedersachsen eine Transformationszeit von zehn Jahren voraus. Einen Faktor gibt es jedoch, der den behäbigen Inklusionstross aus Kultusministern, Lehrern und Schulträgern in den kommenden Jahren aufmischen wird: der demografische Wandel. Vorreiter ist Exklusionsspitzenreiter Mecklenburg-Vorpommern. Hier, wo jeder zehnte Schüler eine Förderschule besucht, wird es 2020 ein Drittel weniger Schüler geben. Die Schweriner Vertreterin seufzt: "Wenn wir nicht den Weg der Inklusion gehen, gefährden wir die Erreichbarkeit von Schulen."

Quelle: <http://www.taz.de/Kultusminister-zur-Inklusion/!82839/>

Zum Schluss noch einen etwas plakativen Artikel aus Berlin. Das Thema, das darin angesprochen wird, halten wir dennoch für bedeutsam, denn auch in Bayern ist eine bedarfsgerechte Versorgung der Schulen mit Sonderpädagogen keineswegs dauerhaft gesichert.

Schulen fehlen Fachkräfte für behinderte Kinder

Die Berliner Grundschulen sollen mehr behinderte Kinder aufnehmen. Doch schon jetzt gibt es kaum Sonderpädagogen und Schulhelfer.

Die Lernwerkstatt der Reineke-Fuchs-Grundschule ist geschlossen. Auch der Werkstattraum für die älteren Schüler steht leer. Bisher haben hier täglich neun geistig behinderte Kinder gelernt. Doch das ist nicht mehr möglich, weil die Schule zu wenig Sozialpädagogen hat. Christiane Brandis, deren Sohn Ludwig in der Werkstatt lesen und schreiben geübt hat, ist darüber höchst verärgert. „Mein Sohn wird derzeit lediglich betreut, Unterricht findet für ihn nicht mehr statt“, sagt sie. Wie Ludwig geht es auch den acht anderen geistig behinderten Kindern an der Reineke-Fuchs-Grundschule. Zwar werden sie von den Schulhelfern und zwei Referendarinnen betreut, unterrichtet werden sie aber nicht. „Beide Sonderpädagoginnen sind im Schwangerschaftsurlaub“, sagt Elternsprecherin Brandis. Bisher sei es der Schule nicht gelungen, neue Fachkräfte zu finden. Was die Eltern dabei besonders erbost, ist die Tatsache, dass von der zuständigen Bildungsverwaltung keine Hilfe kommt. „Die Schule wird alleingelassen“, sagt Brandis. Schulleiterin Margot Koch sei lediglich mitgeteilt worden, dass sie sich aus dem Vertretungskräftepool Leute suchen soll. Doch dieser Pool sei leer. Fachkräfte seien dort jedenfalls nicht mehr zu finden, Sonderpädagogen schon gar nicht.

Recht auf gemeinsames Lernen

Mit diesem Problem kämpfen derzeit etliche Grundschulen in Berlin. Sie haben sich auf den Weg gemacht, förderbedürftige Kinder in die Regelklassen zu integrieren, werden dann aber allein gelassen, wenn es mit der Personalausstattung nicht klappt. Dabei hat Deutschland bereits 2009 eine UN-Konvention unterzeichnet, die das gemeinsame Lernen von behinderten und nicht behinderten Kindern – von Fachleuten Inklusion genannt – vorsieht und den Eltern das Recht einräumt, ihre behinderten Kinder an einer Regelschule anzumelden. Auch Berlin muss diese Konvention so schnell wie möglich umsetzen. Doch während die Zahl der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf seit Jahren steigt, bleibt die Zahl der Sonderpädagogen gleich. Auch die neue Koalition konnte sich nicht durchringen, diese Deckelung aufzuheben.

Christiane Brandis hatte Glück, dass die Reineke-Fuchs-Grundschule ihren Sohn Ludwig aufgenommen hat. „In unserem Einzugsgebiet in Hermsdorf waren die zuständigen Grundschulen dazu jedenfalls nicht bereit“, sagt sie. Für die Mutter ist es deshalb umso schlimmer, dass die Schule mit ihrem Personalproblem nun allein dasteht. Birgit Klimek, deren Sohn Jacob seit einem Jahr an der Reineke-Fuchs-Schule lernt, will jetzt einen Anwalt einschalten, um das Recht auf einen angemessenen Unterricht für ihren Sohn einzuklagen. „Wir haben lange nach einer Regelschule für Jacob gesucht“, sagt sie. Ihr Sohn habe das Down-Syndrom und brauche eine spezielle Förderung. Mit der Reineke-Fuchs-Grundschule seien sie bisher sehr zufrieden gewesen. „Die Schule war gut mit zusätzlichem Personal ausgestattet, um die Herausforderung der Integration zu stemmen.“ Das sei nun vorbei und Hilfe nicht in Sicht. „Die Lehrer dürfen jetzt nicht allein gelassen werden“, fordert Birgit Klimek. Frank Heldt vom Landeselternausschuss spricht von einem besorgniserregenden Engpass an Sonderpädagogen. Es müssten dringend mehr Fachkräfte ausgebildet werden. „Gegenwärtig ist das Problem weder zeitlich noch finanziell zu lösen“, sagt er. Es sei im Gegenteil wie ein Sechser im Lotto, wenn Schulleiter im Vertretungskräftepool einen Sonderpädagogen finden würden. Die Vorsitzende des Grundschulverbandes, Inge Hirschmann, bestätigt das. „Wenn man nach Wochen endlich jemanden gefunden hat, muss man damit rechnen, dass er schnell wieder weg ist“, sagt sie. Im Pool seien viele Lehramtsstudenten, die auf ein Referendariat warten und deshalb nur für kurze Zeit zur Verfügung stünden. Sonderpädagogen seien ohnehin sehr gefragt. „In diesem Bereich werden zu wenig Leute ausgebildet“, sagt Hirschmann.

Lehrer sind überfordert

Die Lehrer an der Reineke-Fuchs-Grundschule arbeiten bereits am Limit. Neben den neun Integrationskindern haben weitere 33 der insgesamt 340 Schüler Förderbedarf, weil sie Schwierigkeiten beim Lernen, mit der Sprache oder im Sozialverhalten haben. Hinzu kommt, dass 82 Prozent der Schüler nicht deutscher Herkunft sind, darunter 41 Roma-Kinder. Diese Kinder haben einen besonders hohen Sprachförderbedarf. Schulleiterin Margot Koch sagt, dass ihre Kollegen bisher mit viel Engagement versucht haben, allen Kindern gerecht zu werden. „Ohne Ersatz für die beiden Sonderpädagogen schaffen wir das aber nicht mehr.“ Auch an der

Charlie-Chaplin-Grundschule im Märkischen Viertel können die Lehrer den Integrationskindern kaum noch gerecht werden. Weil Schulhelfer fehlen, müssen Lehrer im Unterricht ärztliche Hilfestellungen geben, berichtet Olaf Schelens vom Bezirksschulbeirat Reinickendorf. „Zwei Kinder mit Diabetes in der Schulanfangsphase müssen regelmäßig getestet und gespritzt werden, doch der Pflegedienst kommt nur ein Mal am Tag“, so der Elternvertreter. Ein Schulhelfer für die Kinder sei abgelehnt worden. „Auf diese Weise wird die Gesundheit der Kinder aufs Spiel gesetzt“, sagt Olaf Schelens. Der bildungspolitische Sprecher der Grünen, Özcan Mutlu, bezeichnet die Situation als Armutszeugnis für die Berliner Bildungspolitik. „Der Senat hat große Versprechungen bezüglich des gemeinsamen Lernens von behinderten und nicht behinderten Kindern gemacht, ohne dafür zu sorgen, dass ausreichend Fachkräfte da sind“, sagt er. Die Verantwortlichen seien in der Pflicht, den Schulen Mittel bereitzustellen, damit sie zusätzliche Sonderpädagogen, Erzieher und Sozialarbeiter einstellen können, forderte Mutlu.

Das Konzept der Inklusion

UN-Konvention: Ziel ist das gemeinsame Lernen aller Kinder, ganz gleich, ob sie behindert sind oder nicht. So sieht es die UN-Behindertenkonvention vor, die Deutschland 2009 ratifiziert hat. Fachleute bezeichnen dieses gemeinsame Lernen als Inklusion.

Förderschulen: Zunächst sollen laut Konzept vor allem die Kinder aus den Förderschulen für Lernbehinderte, Verhaltensauffällige und Sprachbehinderte in die Regelschulen aufgenommen werden. Der Förderbedarf soll nicht mehr diagnostiziert werden. Um das Elternwahlrecht zu erhalten, sollen jedoch ein bis zwei Förderzentren pro Bezirk erhalten bleiben.

Schwerpunktschulen: Für körperbehinderte, geistig behinderte oder sinnesbehinderte Kinder soll es zunächst Schwerpunktschulen für die Inklusion geben, da nicht alle Schulen die baulichen Voraussetzungen für die Aufnahme der Schüler haben. Ziel ist es, zunächst den Anteil dieser Kinder an den Regelschulen um zehn Prozent zu erhöhen.

Elternwille: In Berlin sollen die Eltern mit förderbedürftigen Kindern auch weiterhin entscheiden können, ob ihre Kinder an einer Regelschule oder an einem Förderzentrum lernen.

Quelle: Berliner Morgenpost vom 22.12.2011

<http://www.morgenpost.de/berlin/article1862214/Schulen-fehlen-Fachkraefte-fuer-behinderte-Kinder.html>

Auch dieser vierte Newsletter umkreiste das weiterhin dominierende Thema der Inklusion, das derzeit andere sonderpädagogische Fragen deutlich in den Schatten stellt. Die Rückmeldungen aus den Bezirksverbänden zeigen zwar, dass das Thema langsam auch in den Regelschulen ankommt, dass es aber weiterhin hauptsächlich die Sonderpädagogik ist, die es diskutiert und die es beschäftigt. Helfen Sie uns, das Thema aus den Förderschulen hinaus zu tragen. Berichten Sie uns auch von Ihren Erfahrungen vor Ort. Wir sammeln weiterhin positive Beispiele, Ideen und Modelle, um die Gelingensbedingungen untersuchen und uns für sie stark machen zu können. Gleichzeitig möchten wir auch Hindernisse, Schwierigkeiten oder Erfahrungen des Scheiterns benennen. Auch dazu benötigen wir Erfahrungsberichte von Ihnen. Wenden Sie sich diesbezüglich bitte gerne an die Bezirksvorsitzenden. Vielen Dank für Ihr Interesse an unseren Informationen und die Unterstützung des vds-Bayern.

Wir verbinden diesen Newsletter mit den besten Wünschen für ein gesundes, erfolgreiches und glückliches Jahr 2012.

Mit freundlichen Grüßen und im Namen des Vorstandes

Klaus-Peter Brünig.
Leiter der Pressestelle